



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

1/XII/112 - 18. Mai 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Nachwort zu Hamburg	S. 1
Was denkt die polnische Jugend?	S. 5
Zu den Betriebsratswahlen bei Krupp	S. 6
VW-Gesetzesentwurf	S. 8

CDU-Schiff ohne Dampf

sp- Die 450 CDU-Delegierten, die am Mittwoch nach viertägigen Verhandlungen in ihre Heimat zurückfahren, werden zum grossen Teil eine tiefe Enttäuschung über die Ideenlosigkeit und Selbstzufriedenheit ihrer Führung mitnehmen, die der Verlauf des Parteitages mit so erschreckender Deutlichkeit zu erkennen gab. Man scheute sich zwar angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes, die deutlich spürbare Niedergeschlagenheit offen auszusprechen. Es dürfte aber wohl als ein Symptom dieser Grundstimmung anzusehen sein, dass erst in der Schlussansprache des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers überhaupt Worte über die nicht gelösten Probleme der Vertriebenen, Flüchtlinge, Studenten und der Mittelklassen - insbesondere der Landwirtschaft und des Handwerks - gefunden wurden. Adenauer gab zu: "Nachdem die grosse Industrie z.B. mit Hilfe des Bundes modernisiert worden ist, muss jetzt der Mittelstand modernisiert werden..."

Jedoch auch zu den sozialen Fragen nur Worte, keine konkreten Vorstellungen, keine Ankündigung von Massnahmen, kein Programm, obwohl man sich z.B. über die Fragen der Untertbewertung der deutschen Familie und von nachahmenswerten ausländischen Vorbildern ausführlich berieten liess. Kein Zweifel: Die Regierung Adenauer sieht - wie Dr. Gerstenmaier es auch offen aussprach - ihre sozialpolitischen Vorstellungen als unverwirklicht an. Sie wird sich nunmehr weiteren Schritten zu einer echten Sozialreform aus ideologischen Gründen widersetzen.

* * *

Diese Feststellung zeigt die hoffnungslose Unterlegenheit des führerlos gewordenen linken Flügels der CDU, der keinen Weg fand, zu

Wort zu kommen. Kaiser wollte dem Parteitag, aus Krankheitsgründen nicht bei, Arnold ist offensichtlich in den engeren Hofstaat des Parteiführers eingetreten und lediglich Storck wagte in vorsichtigen Andeutungen auf die Unvollständigkeit der bisherigen Sozialpolitik der Partei hinzuweisen. Der in dieser Partei eingetretene Wandel geht so weit, dass der Parteimanager Dr. Meyers von Arnold unwidersprochen erklären konnte, das Ahlener Programm der CDU von 1947, das noch die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum vorschah, sei nur aus der damaligen Zeit zu verstehen und habe überdies gar bezweckt, eine Sozialisierung zu verhindern (1). "Sozialismus aus christlicher Verantwortung gehört zu Begriffen, die der Geschichte angehören. In Hamburg trafen sich als Gäste des Parteitages die konservativen Parteien Europas. Auch die CDU ist unübersehbar eine konservative Partei geworden.

Auch die Rede Prof. Erhard's enthält kein Wort über die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes. Das die Verbraucher brennend interessierende Problem der permanenten Preissteigerungen als Folge seiner planlosen Wirtschaftspolitik betrachtete er offensichtlich als nicht existent. Abgesehen von den zahllosen Ausfällen und böswilligen Attacken gegen die Sozialdemokratie enthielt dennoch dies Referat mit der Ankündigung der Absicht, das Volkswagenwerk zu reprivatisieren, den einzigen praktischen Vorschlag des gesamten Parteitages. Und selbst dieser hat nach Ansicht der Experten mit Sicherheit nicht die geringste Aussicht auf eine Verwirklichung noch vor den Wahlen, da die Eigentums- und Rechtsfragen bis heute völlig ungeklärt sind.

* * *

Beschäftigten den Parteitag der CDU soziale Probleme nur an Rande und verzichtete man trotz des Wahlkampfes auf die Verkündung eines konkreten Wahlprogramms, so erechien die Außenpolitik des Bundeskanzlers angesichts der Weltentwicklung gerade während des Parteitages fragwürdiger denn je. Adenauer wich allen Fragen nach dem Morgen aus und beteuerte immer wieder: "Es wird sich nichts ändern!" Dass es zu Abüstungsvereinbarungen zwischen den Weltmächten kommen könnte, ohne gleichzeitige Lösung der deutschen Frage, diskutiert die ganze Welt. Nur die CDU weigert sich, die Bewegungstendenzen zu erkennen und wagt sich nicht einzugestehen, dass ihre starre Politik der Rüstung im Grunde schon heute gescheitert ist. Darauf beruht auch die heftige Reaktion

Adenauers gegen die Presse, der er die böswillige Absicht einer Störung des Parteitages unterstellte.

Im übrigen gab Adenauer zu, dass die Äußerungen Eisenhowers auf seiner Pressekonferenz die "Eostfronte" nicht erhöht habe. Das war auch für den Beobachter deutlich spürbar. Die Partei fühlt, dass sie in die Defensive gedrängt ist und hofft auf Aufschub der weltpolitischen Entscheidungen bis nach den Wahlen. Zu einem Umdenken ist sie - wenigstens solange Dr. Adenauer Parteivorsitzender ist - ebensowenig bereit wie zu einer Anpassung ihrer überholten Politik an die weltpolitischen Realitäten der Gegenwart.

* * *

Gab es schon nichts Zukunftweisendes und Lichtes dem Parteitag in diesem entscheidenden Jahr? Jegliche Höhepunkte, so bot sich dem gewählten Parteitaktiker umso mehr die Kritik an seinen politischen Gegnern an. Was in den Reden von Adenauer, Arnold, Erhard, Strauss und Lemmer in diesen Tagen an Verächtlichungen, Verdrehungen und Verleumdungen über die SPD und deren politische Ziele verbreitet wurde, spottet jeder Beschreibung und lässt bedauerliche Schlüsse auf das zu erwartende Niveau des Wahlkampfes zu. Die persönlichen Angriffe gegen Erich Ollenhauer und Herbert Wehner insbesondere stehen in trassendem Gegensatz zu der oft gehörten Berufung der christlichen Demokraten auf die christliche Humanität, die angeblich Leitmotiv christlich-demokratischen Handelns ist.

Aber es ist eine alte Erfahrung, dass, wo die Lautstärke am größten, das Recht und die Moral oft am kleinsten sind. Die starken Töne von Hamburg, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richteten, verdeckten nicht die schwache Position der CDU, die ihre verhängnisvolle Politik gegen den Willen weiter Kreise unseres Volkes fortzusetzen bereit ist. Warum? In Hamburg wurde es gesagt: Weil "es für einen Politiker immer schwer ist, seine Blamage einzugestehen". Die CDU hat sich selbst überlebt. Wenn es eines Beweises dafür bedürft hätte, dass sie über keinerlei Antriebskräfte in der deutschen Politik mehr verfügt - dieser Parteitag hat es jedem, der sehen wollte, zu erkennen gegeben.

* * *

"Menschlich leben, wohnen und arbeiten"

H.E. Was denkt die polnische Jugend? Hierüber war die Öffentlichkeit der Länder des Westens bislang auf Vermutungen angewiesen. Jetzt hat die Warschauer Jugendzeitung "Sztandar Młodych" eine Rundfrage unter ihren Lesern veranstaltet. Mehr als 500 Jugendliche beteiligten sich an der Rundfrage, 100 von ihnen sind Schüler höherer Lehranstalten, zahlreiche Studenten und Soldaten bilden die nächstgrössere Gruppe, aber nur 26 Arbeiter und 25 Bauern schickten eine Antwort. Praktisch ist diese Rundfrage also zu einer Demonstration der intellektuellen Jugend geworden.

Die erste Frage lautete: "Lohnt es sich, an Ideale zu glauben?" 312 Leser bejahten diese Frage, davon jedoch 72 mit Vorbehalten. 196 sagten nein. Zitiert seien: "Ein Mensch, der an keine Ideale glaubt, ist ein Krüppel"; "Es lohnt, aber die Ideale versagen oft, und dann bleibt fürs ganze Leben ein unangenehmer Nachgeschmack"; "Ich habe 12 Jahre lang geglaubt, und dann ist alles zerbrochen".

Lohnt es sich, im 20. Jahrhundert zu leben?

Frage 2: Lohnt es, in diesem Jahrhundert zu leben? 269 antworteten mit ja, 240 mit nein. Eine Antwort, die typisch ist: "Der Held ist ein dehnbare Begriff. Es lohnt, ein Held zu sein, aber kein verpönte. Am besten nicht in der Politik".

Frage 3: Hast Du ein Lebensziel gefunden? 367 sagen ja, 119 nein, 24 suchen ihren Lebensstil. Eine typische Antwort: "Menschlich leben, wohnen und arbeiten".

Was ist Dein grösster Traum? - so lautet die vierte Frage. Persönliche Traumwünsche überwiegen mit 424. Hiervon wünschen 150 besseren Lebensstandard, 67 möchten reisen, 41 wünschen sich einen zusagenden Beruf, 41 wollen Wissenschaftler werden und 39 sehen sich nach einer eigenen Wohnung. Es finden sich auch persönliche Formulierungen: "In der Praxis und in grossen Massstab die Grundsätze des Sozialismus auf die Menschen angewendet und nicht umgekehrt nur in der Theorie"; "Platz für ein Bett", "Auch einmal die Welt sehen" oder "Geld und einen Wagen haben".

Die 5. Frage lautet: "Was ist Dein Steckenpferd?" 38 Teilnehmer haben kein Steckenpferd, am häufigsten werden genannt Bücher (87), Sport (53), Kino (44), Reisen (29), Studien (28) und Musik (24). Alle

anderen Antworten liegen unter 20 Zustimmungen. Frage 6 fragt nach dem grössten Erlebnis. 51 Teilnehmer haben bisher nichts besonderes erlebt, mehr als zehn Zustimmungen entfielen auf Liebe (56), die Oktoberrevolution (31), den Krieg (29) und das - - Gefängnis (11).

Dann wird nach persönlichen Schwierigkeiten gefragt. Die Antworten sind zersplittert, Selbständige erwähnen Geldsorgen, Wohnungs- und Berufsschwierigkeiten, die bei ihren Eltern Wohnenden Prüfungen, Schwierigkeiten bei der Aufnahme in den Hochschulen und schliesslich - Liebeskummer.

Kriminalliteratur bevorzugt

Frage 8 lautet: "Welche Bücher liest Du am liebsten?" 156 Jugendliche sprechen sich für Kriminal- und phantastische Bücher aus, als Autoren werden vor allen Conan Doyle und Agatha Christie genannt. 20 % sprechen sich für Reiseliteratur aus, Polnische Autoren wie Sienkiewicz erhalten knapp 30 %, neuere polnische Schriftsteller knapp 10 %. Dagegen liegen die Ziffern für klassische Ausländeliteratur höher, hier werden vor allem Balzac, Stendhal, Victor Hugo, Charles Dickens, Zola, Dumas und von neueren Rolland und Maupassant genannt. An zeitgenössischen Auslandsschriftstellern werden genannt Hemingway, Sagan, Thomas Mann, Remarque, Tolstoj, Verocers, Steinbeck, Ehrenburg, Scholochow und Caldwell - diese Liste ist deshalb nicht mit deutschen Verhältnissen zu vergleichen, weil die hier viel gelesenen Bücher in Polen nicht erhältlich sind, das geht bereits aus der Liste hervor. Übrigens haben nur 5 % der Befragten für Bücher kein Interesse.

Gomulka an der Spitze

Frage 9 fragt nach den "persönlichen Helden". 146 Jugendliche erklären, sie haben keinen "Helden". Die meisten dieser Helden entstammen Romangestalten der polnischen Literatur, so dass ihre Nennung nicht viel sagen würde. Andere "Helden" sind sehr zersplittert, Gomulka liegt hier mit 30 Nennungen an der Spitze, es folgt Tadeusz Kosciuszko mit 24 und Stalin und Lenin mit je 4 Stimmen, während Napoleon II und Tito 20 erhielten.

Frage 10 betrifft Bühnenstücke und Filme. Hierbei stehen im Vordergrund der Bühnenwerke polnische Romantiker wie Miskiewicz, Slowacki und Fredro, während beim Film französische und italienische Stücke eindeutig im Rennen liegen. Frage 11 bezweckt Äusserungen über die Musik, - 5 -

16.5.1957

Die den 20. Jahrhundert am besten entspricht, 381 Teilnehmer sprechen sich für Jazz und Tanzmusik aus, 135 für Rock and Roll, während ernste Musik nur 28 und Volksmusik nur 10 Anhänger findet. Eine typische Antwort: "Ich liebe Jazz, denn er ist so verrückt wie unsere Welt" oder "Rhythmus, Tempo und Melodie - das ist das 20. Jahrhundert".

Die 12. Frage betrifft das Interesse für Politik. 449 Jugendliche interessieren sich für Politik - aber die Übergrosse Mehrzahl ist nicht daran interessiert, sich aktiv in die Politik einzuschalten. Sicher steht mit auch in Verbindung, dass politische Organisationen als solche fast überhaupt nicht erwähnt wurden.

Die nächste Frage lautet: "Teilst Du den Pessimismus Einsteins?" Diese Frage nimmt Bezug auf eine Äusserung des genialen Physiker vor fünf Jahren die Welt stehe mit der Erfindung der Atomwaffen am Rande des Abgrundes. Die Leser bejahten diese Frage, 240 verneinten sie. Aber auch die Pessimisten lassen zu einem beträchtlichen Teil die Meinung durchblicken, die Welt werde sich trotz einer Atomkatastrophe retten können. Interessant auch das häufig zu lesende Argument in den Antworten, dass die Waffe keine Anwendung finden wird, weil beide Lager darüber verfügen.

Pessimistische Schlussfolgerung

Und schliesslich die letzte Frage: Was hältst Du von den Ereignissen der Welt? Erfüllen sie Dich mit Pessimismus oder Optimismus? Die Mehrzahl der Befragten zieht pessimistische Schlussfolgerungen. Nur 30% lassen sich durch den Gang der Ereignisse in ihrem Optimismus gestärkt. 10% schwanken zwischen diesen beiden Möglichkeiten und wissen keinen Ausweg. Recht aufschlussreich ist, dass sich die Motive der Befragten stark nach politischen Ereignissen ausrichten, die Optimisten sprechen gern von der polnischen Oktoberrevolution und die Pessimisten von der ungarischen Tragödie.

Die Warschauer Jugendzeitung zitiert eine Reihe interessanter Antworten, die den Standpunkt des Befragten genauer umreissen, oft spricht aus ihnen ein grenzenloser Pessimismus. Aus der Befragung geht jedoch in jedem Fall hervor, dass diese Jugend trotz der jahrelangen Seelenmassage ihre Fähigkeit zum Denken nicht verloren hat, dass sie sehr genau über die Dinge nachdenkt und sich durchaus eine eigene Meinung bildet. Politik interessiert nicht besonders, westliche Literatur, Filme und Musik werden begeistert begrüsst und akzeptiert.

Im Grunde ist vielleicht die Meinung der polnischen Jugend gar nicht so unterschiedlich von der westdeutschen, nur sind die Fragen, die hier gestellt werden, wesentlich anders gelagert, es ist anzuerkennen, dass die polnische Jugendzeitschrift sich um die objektive Erforschung der Meinung der Jugendlichen ehrlich bemüht hat, auch wenn die Öffentlichkeit über diese Antworten ausserordentlich entsetzt gewesen ist - es hätte sich die Interessen der Jugend doch etwas anders vorgestellt...

Eine misslungene Kraftprobe

sp- Am Montag haben bei Krupp in Essen Betriebsratswahlen stattgefunden. Die Arbeiter und Angestellten hatten über sechs eingereichte Listen zu befinden - ein Novum bei der Durchführung von Betriebsratswahlen in Grossbetrieben seit der Nachkriegszeit.

Die von höchsten kirchlichen Stellen geförderte Christliche Gewerkschaft (CGD) betrachtete diese Betriebswahl als eine Kraftprobe, um hier die Niederlagen wettzumachen, die sie bei den Betriebsratswahlen im Bergbau und in anderen Grossbetrieben im Ruhrgebiet erlitten hat. Die CGD wagte nicht, die offene Kampfbahn zu betreten, sondern wählte den Umweg über zwei Listen, eine für die Arbeiter mit dem Kennwort: "Christlich-Soziale Arbeiterliste", auf der paritätisch vertreten waren Kandidaten aus der christlich-sozialen Kollegenschaft des DGB und aus der "Christlichen Gewerkschaftsbewegung", sowie eine Liste für die Angestellten mit dem Kennwort: "Vereinigte Liste Krupp'scher Angestellter". Auch sie enthielt Mitglieder der christlich sozialen Kollegenschaft im DGB, der DAG und des CGD.

Beide Listen figurierten unter "Christliche Liste", eine Annäherung, die der Sozialsekretär der evangelischen Männerarbeit in Essen als Missbrauch des Christentums bezeichnete. In einem Brief an den Betriebsratsvorsitzenden der Firma Krupp schrieb der Sozialsekretär, es sei von keiner Kirche und kirchlichen Instanz zu verantworten, Arbeitnehmern, "die einer Kirche angehören, aber nicht einer bestimmten gewerkschaftlichen oder sozialpolitischen christlichen Richtung, daran der Unchristlichkeit zu verdächtigen". Für ihn könne ein Sozialist ein Christ und darum auch ein Christ ein Sozialist sein.

Trotz der verschiedenen Tarnungen und demagogischen Verdrehungen gelang es der CGD nicht, den von ihr gewünschten Einbruch in den Krupp-Betriebsrat zu erzielen. Von 35 Betriebsräten gehören nur 3 der CGD an. Darüber hinaus entfielen auf die "Christlichen Listen" noch 8 Mandate, davon sind vier Mitglieder der IO-Metall, ein Mitglied der HBV und drei Mitglieder der DAG. Die Gewerkschaft^{en} des DGB haben also ihre überwiegende Stellung mit 29 Sitzen behauptet.

Das zweite Merkmal dieser Betriebsratswahl ist die starke Zunahme von Betriebsräten, die Mitglieder der SPD sind. Im alten Betriebsrat entfielen auf sie 11, im neuen 16 Mandate. Dafür ging der kommunistische

Einfluss erheblich zurück. Die sogenannte "Fortschrittliche Liste" vermochte nur fünf Mandate zu erzielen, während die Kommunisten im alten Betriebsrat 10 Sitze inne hatten.

Die politische Bedeutung dieser Betriebsratswahlen mit ihrer Listenzerpflitterung liegt darin, dass es nicht gelungen ist, den sozialdemokratischen Einfluss in einem der wichtigsten Betriebe des Ruhrgebietes durch Zusammenfassung aller "christlichen Kräfte" zurückzudrängen. Die Bildung einer antisozialistischen Einheitsfront unter "christlichen Vorzeichen" aber, getragen von den Kräften des politischen Katholizismus, blieb ein Versuch, der gewiss nicht zur Nachahmung reizt und der deshalb auch schon in den Anfängen stecken bleiben musste, weil die evangelische Seite sich davon distanzierte. Ebenso blieb die beherrschende Stellung des DGB unangetastet. Das wird vielleicht eine Lehre für die katholischen Bischöfe sein, künftighin mit ihrer Schützerhilfe für die CGD zurückzutreten. Dieses blässliche Produkt von Gewerkschaftspartnern bleibt zur Ohnmacht verurteilt. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer aller Schattierungen ist gegen den Missbrauch des Christentums gefeilt.

* * *

Ein Lichtblick

sp - In der Stille gedeiht das Humane. Unberührt von Getöse unserer Tage und unbeirrt von dem Feuerblitzen explodierender A- und H-Bomben (man nennt dies, etwas verniedlichend, Versuche mit Kernwaffen) trafen sich Männer und Frauen aus der Bundesrepublik und der Sowjetunion, um zusammen einen Brückenschlag zu finden. Hohe Ehre gebührt den Leitern des Deutschen Roten Kreuzes, dass sie, trotz vieler Enttäuschungen und Anrempelungen niemals in ihrem Eifer erlahmten, als Apostel der Menschlichkeit zu wirken. Die in Düsseldorf laufenden Verhandlungen zwischen dem Präsidenten des DRK und seinem sowjetischen Kollegen über die Rückführung von Volksdeutschen aus der Sowjetunion und die Aufklärung von Vermisstenangelegenheiten sollen nach allem, was darüber zu erfahren ist, günstig verlaufen. Gewiss würde mit einem glücklichen Gelingen vieles fallen, was sich, vom rein Politischen abgesehen, an Verbitterung zwischen dem deutschen und dem russischen Volk aufgetürmt hat.

Hier geht es um rein menschliche Dinge, nicht um Fragen der hohen Politik, hier verhandeln nicht Staatsmänner und Politiker, sondern Menschen, denen die Pflege des Menschlichen und der Schutz des Menschen obliegt. Grossartiges hat das Rote Kreuz auf diesem Gebiet schon geleistet, seine völkerverbindende Funktion hebt sich leuchtend von dem dunklen Hintergrund unserer Zeit ab. Eine gute Botschaft aus Düsseldorf würde viele Tausende mit Dankbarkeit erfüllen, mehr noch, sie würde ein Zeichen dafür sein, dass beide Seiten sich bemühen, die Folgen und die Erbschaft des zweiten Weltkrieges zu beseitigen.

* * *

Propagandistisches Windel

EB. - Am Mittwoch Mittag hat Bundeskanzler Dr. Adenauer auf seiner Pressekonferenz zum Abschluss des CDU-Parteitages offensichtlich im Hinblick auf sozialdemokratische Kommentare erklärt, dass es nicht nur möglich, sondern die feste Absicht der CDU sei, den Gesetzentwurf über die Privatisierung des Volkswagenwerkes noch in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen. Knapp 24 Stunden später liegt uns der Gesetzentwurf vor, wie ihn die CDU-Fraktion auf ihrer Sondersitzung in Hamburg verabschiedet hat. Aus diesem Gesetzentwurf geht einwandfrei hervor, dass an eine Realisierung dieses Vorhabens in dieser Wahlperiode nicht mehr zu denken ist, dass es sich ausschliesslich um ein propagandistisches Windel handelt.

In § 2, Ziffer 1 des CDU-Gesetzentwurfes heisst es wörtlich:

"Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist unter Heranziehung eines betriebswirtschaftlichen Gutachtens der deutschen Revisions- und Treuhand AG neu zu bewerten".

Fachmännische Auskünfte, die eingeholt worden sind, haben aber übereinstimmend das Ergebnis, dass eine solche Neubewertung beim Komplex des Volkswagenwerkes vor einem Jahr nicht zu erstellen ist.

Da der Gesetzentwurf auf der Neubewertung basiert, enthält er an mehreren Stellen Eventual-Angaben. Einmal wird von einem Viertel, zum anderen von zwei Fünftel des Grundkapitals gesprochen und in einer Fußnote darauf hingewiesen, dass die endgültigen Quotenhöhen erst nach Einholung der Stellungnahme der Verwaltung und weiterer Sachverständiger bestimmt werden können. Eventualbestimmungen enthalten auch die Stückelungen, denn es wird vom 50 000. oder vom 20 000. Teil des Grundkapitals gesprochen.

Auf einer solchen Basis ist normalerweise kein Gesetzentwurf zu verabschieden. Selbst wenn die CDU/CSU es versuchen wollte, der Bundesrat würde eine solche Schlußerei nicht mitmachen.

Zudem enthält der Gesetzentwurf keinerlei Bestimmungen über die Vorläufergesetze, die zu einer Privatisierung notwendig wären, so vor allem ein Bundesgesetz in Ausführung des Art. 135 des Grundgesetzes.

Im Übrigen hat Staatssekretär Hartmann bereits am 13. Jan. 1957 anlässlich der Beratung eines FDP-Antrages betreffend Privatisierung des Volkswagenwerkes darauf hingewiesen:

"Erstens ist es tatsächlich so, dass zur Zeit das Bundes Volkswagenwerk noch nicht gehört. Die Rechtslage ist so, dass nach einer Verordnung der britischen Militärregierung das VW-Werk durch das Land Niedersachsen im Auftrage und nach Weisung der Bundesregierung verwaltet wird.

2. Muss, wenn Aktien ausgegeben werden sollen, ein Kaufpreis dafür bestimmbar sein. Ein solcher Kaufpreis ist so lange nicht bestimmbar, als der Wert der Aktie nicht festliegt. ... Solange der Prozess der Volkswagenreparatur läuft, ist eine zuverlässige Bewertung des Reinvermögens des Volkswagenwerkes nicht möglich".

Man kann dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium diesmal nur bestätigen, dass er in der Beurteilung der Rechtslage völlig klar sieht.

Alle diese Fakten ergeben klar, dass die Bundesregierung und die CDU nur an einen Propagandaschlagar gedacht haben, ohne dass bis zu den Wahlen auch nur eine einzige Volksaktie ausgegeben werden kann. Im Übrigen hätte die CDU, wenn sie es ernsthaft gewollt hätte, nicht Jahre Zeit gehabt. Sie hat nicht nur das verschäumt, - wobei die grundsätzliche Frage, ob eine Privatisierung des VW-Werkes angesichts der Monopolstellung bei der Produktion von Kleinwagen überhaupt sinnvoll ist - sondern sie hat auch das Fehliegende nicht getan, nämlich den Preis des Volkswagen zu senken. Sie wird sicherlich noch viel Wirbel um ihren "Plan" veranstalten. Mehr als Wirbel aber wird vor den Wahlen nicht herauskommen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel